

In Osteuropa – in Polen, in der Tschechoslowakei usw. – gab es das sehr viel eher, z. B. durch das tatsächliche, bewußte Herstellen einer Teilöffentlichkeit. Das geschah nicht nur in kirchlichen Räumen, sondern wurde beispielsweise durch illegale Publikationen versucht.

Also das Verlassen dieses eingeschlossenen Viertels zugunsten einer Öffentlichkeit – Öffentlichkeit als Prinzip. Ich will damit vor allem sagen: Es gab diese Handlungsmöglichkeiten, es gab dadurch auch die Möglichkeit, diese Angst zu verlieren. Man hat in dem Moment, da man handelnde Person wurde und gesagt hat, man sei kein Opfer, die Chance gehabt, die Angst zu verlieren und sich mit anderen, die das ähnlich gesehen haben, zusammenzuschließen und dadurch tatsächlich in einem stärkeren Maße zur Veränderung beizutragen, was ja dann schließlich auch 1989 zu einer gewissen Rolle dieser Opposition geführt hat. In dieser Entwicklung liegt der Wandel. Das, was vom Rahmen her abgesteckt war und so sein sollte, war also keineswegs unveränderlich. Es war für den einzelnen oder für Gruppen keineswegs so, daß sie sich darin aufhalten mußten.

Das ist mir an den beiden Tagen ein bißchen zuwenig vorgekommen. Ich habe manchmal eine etwas fatalistische Stimmung herausgehört: Weil es eben nicht erlaubt war, haben wir uns immer in so einer Grauzone bewegen müssen, und in dem Moment, wo wir dort öffentlich erkennbar wurden, war es auch schon um uns geschehen, dann unterlagen wir der Repression. – Ich denke, diesen Vorgang hätte man sich deutlicher und früher bewußt machen müssen, dann hätte es vielleicht auch größere Chancen gegeben. Es war also nicht so, daß wir nur wie das Kaninchen auf die Schlange starren und uns mit den gegebenen Rahmenbedingungen abfinden mußten. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Poppe. Sie sehen, der Zwischenbeifall zeigt, welche wichtigen Gedanken Sie hier entwickelt haben.

Bei der Bewertung der Opposition in den 80er muß man natürlich sehen, daß die sozialdemokratische und die bürgerliche Opposition in den späten 40er und frühen 50er Jahren schon einmal mit brutalem Terror zerschlagen worden war und daß danach zunächst einmal eine Phase der Hoffnung aufkeimte, in der Opposition in der DDR – ich sage es einmal etwas flapsig – nicht angesagt war. Sie hat sich dann nach dem Bau der Mauer wieder neu formiert, beginnend – Herr Seidel ist sozusagen ein lebender Zeuge dafür – mit dem Phänomen Fluchthilfe.

Aber ich möchte hier nicht selber reden. Ich möchte jetzt der Dame das Wort erteilen, die sich dort hinten gemeldet hat.

Hildegard Jeske: Mein Name ist Hildegard Jeske. Ich komme aus einem bürgerlichen Elternhaus und bin mit Haussuchungen und all diesen Finessen aufgewachsen, die in den 50er Jahren auf der Tagesordnung standen.

Ich muß mich hier gegen diese echte Glorifizierung der Kirche wenden, die vielleicht in elitären Kreisen diskutiert, aber diese Dinge gar nicht nach außen ausgestrahlt hat. Ich kann mich erinnern, daß es 1957/58 um die Jugendweihe ging. Es ging in dieser Zeit um die Verteilung der Oberschulplätze, die für eine spätere Studienmöglichkeit wichtig waren. Diese Frage wurde von der Kirche überhaupt nicht angefaßt. Ich kann mich ganz genau erinnern, daß es damals hieß: Entweder Jugendweihe oder Konfirmation! Diese Frage stand also. Die Kirchen haben sich in den konkreten Fällen, die ich kenne, zu diesen Fragen nicht geäußert.

Ich war gut im Religionsunterricht und wurde vom Pfarrer speziell betreut. Er sagte: Du mußt die Entscheidung für dich allein treffen; entscheide dich so, wie es richtig für dich ist.

Wie gesagt, es war schwierig, und ich kann mich erinnern, daß wir vor die Schulleitung zitiert wurden und uns entscheiden sollten, an der Jugendweihe teilzunehmen. In dieser Zeit ist eben keine Reaktion von der Kirche gekommen.

Aber ich möchte den Gedanken, den Herr Fricke aufgegriffen hat, verfolgen. Es geht um Resignation und Angst und darum, warum die Menschen so sind. Die lautlose Verfolgung, die nicht immer in konkreten Maßnahmen, in Strafverfolgung wirksam wurde, sondern das Erleben, wie wir eben in der DDR die Situation erfassen mußten, wie wir taktieren mußten, um bestimmte Dinge bis zu einem gewissen Grad zu erreichen, also Karrieren so weit zu machen, daß man auch anständig bleiben konnte – das sind alles Dinge, die mir hier eigentlich fehlen. Ich weiß nicht, ob gestern dazu mehr gesagt worden ist. Ich denke, diese Kaderarbeit, die Auswahl der Nomenklaturen, diese Dinge sind doch alle in einem festgefügt System gewesen. Bestimmte Leute hatten eben keine Chance. Wenn Sie aus einem Elternhaus kamen, das liberal war, bürgerlich, aus irgendwelchen Gründen verfeimt – immer unter dem Gesichtspunkt Klassenfeind: aus dem Bürgertum kommen schlechte Gedanken, die sofort isoliert werden müssen –, dann durften sie die und die Entwicklung nicht machen.

Später waren diese Dinge verfeinert. Man hat ja diese Nomenklatura immer aus dem gleichen Kreis herausgenommen. Das waren ja nur wenige. Darum kommt es auch auf die Standorte an, woher jemand kam, um eine Entwicklung zu machen, wie er auch aufgefangen wurde. Denn für mich ist interessant, wenn man sagt: Mir passierte in gewissem Rahmen nichts. Er hatte immer so ein Hinterfeld, während manche das nicht hatten. Ich finde, das sind Dinge, die mehr zur Diskussion kommen müßten als immer dieses Globale.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. Lenin – er wird ja heute nicht mehr so oft zitiert – hat einmal gesagt: Es gibt keine abstrakte Wahrheit, die Wahrheit ist immer konkret. Vielleicht sollten wir das hier beherzigen.

Dietrich Sengbusch: Mein Name ist Dietrich Sengbusch. Ich bin freiberufli-

cher Journalist und eigentlich nur deshalb hier, um einen Vertreter des Jugendwerkhofes Torgau zu hören. Wie ich erfahren habe, ist das aus Zeitgründen ausgefallen. Ich muß sagen, daß ich das sehr bedauere.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Wenn er hier ist, kann er sich doch zu Wort melden.

Dietrich Sengbusch: Er sollte aber offiziell eingeladen werden und auch in einem entsprechenden Gremium sprechen. Offensichtlich ist er deshalb nicht gekommen. Ich bedauere, daß dieser junge Mann aus dem Jugendwerkhof Torgau –

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Wer hier reden will, kann hier reden!

Dietrich Sengbusch: Das ist klar, er ist jetzt in Bayern oder wo. Er ist offensichtlich nicht hergekommen. Deshalb will ich versuchen, ein paar Bemerkungen zu dieser Frage zu machen. Ich habe nämlich wochenlang in dieser Sache recherchiert. Strafgefangene, die sowohl Torgau als auch die verschiedenen Haftanstalten kennengelernt haben, haben mir übereinstimmend bestätigt, daß Torgau die schlimmste von allen gewesen ist.

Man denkt, das seien vielleicht Jugendliche gewesen, die meinetwegen gebummelt, sich herumgetrieben haben usw. In Torgau waren – das kann man aus der Aktenlage entnehmen – Jugendliche inhaftiert, die sich durch „gesellschaftswidriges Verhalten“, wie es wörtlich hieß, ausgezeichnet haben. Bei Ankunft mußte jeder eine Belehrung unterschreiben, wonach er zu beweisen habe, daß Schluß sei mit seinem gesellschaftswidrigen Verhalten.

Man muß dazu wissen, daß der Jugendwerkhof Torgau kein gewöhnlicher Jugendwerkhof war, sondern das war der schlimmste unter den Jugendwerkhöfen. Dorthin kamen diejenigen, bei denen die normale Erziehung in den Jugendwerkhöfen nicht gefruchtet hatte.

Ich habe nun versucht, über entsprechende schriftliche Materialien mir zunächst einmal ein Bild zu machen. Ich habe einen Untersuchungsbericht der Stadt Torgau gefunden, der leider den Mangel hat, daß kein einziger betroffener Jugendlicher dabei zu Wort gekommen ist. Ich habe dann die gängigen Archivmaterialien im Landratsamt studiert. Da fielen mir einige Sachen auf, die mir doch zu denken gaben.

Ich will einmal aus der Dienstanweisung für die Erzieher „Belehrung über die Anwendung und den Gebrauch von Schlagstöcken“ zitieren. Dazu muß man wissen, daß das keine Weidenruten und keine Rohrstöcke waren, sondern Aggregate mit einem Plastegriff und einem Druckkopf. Dann sprang eine Stahlfeder heraus. Siegmund Faust kennt sicher diese Dinge. Am Ende war eine Stahlkugel, mit Plaste umhüllt, damit man möglichst nicht gleich den Schädel damit einschlägt.

In der Belehrung für die Erzieher heißt es: „Bei Anwendung eines Schlag-

stockes ist dieser nur aus dem Handgelenk zu schlagen und nicht mit gestrecktem Arm. Dabei ist der Schlag nur in die Weichteile des Gegners zu führen.“

Wenn ich nun in Zeitungen die große Neuigkeit lese, daß in DDR-Haftanstalten geschlagen wurde, dann ist das wirklich fast ein bißchen makaber.

Ich möchte auch kurz aus dem Untersuchungsbericht zitieren, der von einer achtköpfigen Kommission zusammengestellt wurde, bevor ich dann einige Betroffene zu Wort kommen lasse. Hier steht: „Nach Auswertung des vorliegenden Materials kann als sicher gelten, daß Prügel, Arrest, Essensentzug und Zwangssport zu den alltäglichen Disziplinierungsmethoden gehörten. In Torgau hat es eine außerordentlich hohe Selbstmordrate gegeben. Jungen und Mädchen haben versucht, sich auf alle mögliche Weise umzubringen: durch Erhängen, durch Trinken von Giftstoffen, durch Schlucken von Nägeln oder Nadeln.“

Daß das den Tatsachen entspricht, geht wieder aus einer Dienstanweisung hervor. Darin heißt es: „Durch die in letzter Zeit sich massierenden Einweisungen von verhaltensgestörten Jugendlichen häufen sich die Suizidversuche. Deshalb ist es zum Schutz dieser Jugendlichen notwendig, ...“

Daß diese Suizidversuche auch durchaus von Erfolg gekrönt waren, geht weiterhin aus der Aktenlage hervor. Ich habe entsprechende Berichte gefunden. Der Jugendwerkhof Torgau mußte jeden Monat einen Bericht an den Genossen Feiks von der Torgauer Dienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit abliefern. Da stand eben bei dem Namen Sowieso: „Verstorben“. Damit war die Sache für diesen Jugendlichen erledigt.

Ich will jetzt ganz kurz, ohne die Geduld des Auditoriums übermäßig zu beanspruchen –

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Darum würde ich Sie herzlich bitten.

Dietrich Sengbusch: Ja, das ist klar. Ich möchte nur ganz wahllos ein paar Leute zitieren, um einen Eindruck zu vermitteln.

Ich zitiere zunächst den Direktor. Auf die Frage, was er dazu sage, daß er die Rationierung der Essenportionen damit begründet habe, Torgau sei keine Mastanstalt für Schweine, antwortete er: Schreiben Sie doch, was Sie wollen; das interessiert mich nicht!

Der Heizer Heinz Meyer: „Ich habe einmal miterlebt, wie der Erzieher Ralf Spiegel ein Mädchen mit solcher Wucht geschlagen hat, daß sie den 20 Meter langen Flur langgerutscht ist. Jungen und Mädchen, die ausgerastet sind, wurden mit Faustan ruhiggestellt. Ein Junge hat versucht, sich mit der Schnur aus der Kombi umzubringen. Ich habe gesehen, wie das Blut aus den Ohren kam. – Ich kann mich noch an den 1. Mai 1988 erinnern. Da kam der Erzieher Helmut Denisz mit einer Kombi zu mir und meinte, ich solle sie

verbrennen. Ich meinte, die Kombi sei doch fast neu. Darauf Denisz: Das hat schon seine Richtigkeit, der Junge hat sich gerade erhängt.

Jetzt ganz kurz ein paar Jugendliche. Sandro Schmäh: „Bei Verstößen gegen die Arrestordnung gab es Schläge bzw. Essensentzug. Gefürchtet war die Doppelkombination des Alten (Horst Spiegel): Faustschlag ins Gesicht, Schlag mit dem Schlüsselbund auf den Kopf.“ Ein weiterer Jugendlicher, Marko Bansemer: „Besonders Spaß hat einigen Erziehern die U-Raum-Disco gemacht. Da mußten zwei Jungen so lange aufeinander losgehen, bis einer liegenblieb. Wurde nicht richtig gekämpft, gab es Schläge mit dem Stahlknüppel.“

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zum Ende kämen.

Dietrich Sengbusch: Ja, ich finde, die Jugendlichen hätten doch ein paar Minuten verdient. Sie machen mich hier dauernd nieder, daß ich Schluß machen soll. Die paar Minuten müßte man wohl opfern können. (Beifall) Sven Eibisch: „Im Jugendwerkhof wurde der Sport als eine Methode benutzt, um uns regelrecht fertigzumachen. 300 Torgauer Dreier – Liegestütz, Hocke, Hockstretksprung – waren ganz normal.“

Kathrin Jackisch: „Ich bin mit 14 Jahren in den Jugendwerkhof Torgau gekommen. Weil ich mir nichts gefallen ließ, mußte ich gleich am Anfang vier Wochen in verschärfte Einzelhaft. Bei Verstößen gegen die Arrestordnung gab es Schläge bzw. Essensentzug.“

Jetzt komme ich schon zum Schluß. Ich will das jetzt wirklich in Ihrem Interesse abkürzen. Es gab also auch Beispiele, daß ein Mädchen im Jugendwerkhof war, anderthalb Jahre später ein Kind bekommen hat und ihm dieses Kind mit der Bemerkung weggenommen wurde: Sie können doch kein Kind großziehen! –

Die Probleme dieser Jugendlichen – ich habe mit sechs Jugendlichen gesprochen, alle arbeitslos – haben sich nach dem Jugendwerkhofort und leider auch nach der Wende fortgesetzt. Mir hat gerade ein Mädchen gesagt, sie habe mit einer Westberliner Firma einen Arbeitsvertrag in Tüten und Papier gehabt, und als sie den Sozialversicherungsausweis mit der Eintragung aus Torgau habe zeigen müssen, sei Schluß gewesen.

Ich bitte die anwesenden Abgeordneten, sich dieses Problems anzunehmen. Alle anderen bitte ich, wenn sie einmal Zeit haben, sich das Material, das ich der Kommission zur Verfügung stellen werde, durchzusehen. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Diskussionsbeitrag. Ich bitte um Nachsicht, daß ich immer wieder auf die Uhr schaue. Das ist leider meine Pflicht angesichts der Liste der Wortmeldungen. Ich wollte Sie wirklich nicht niedermachen. Das Problem, das Sie aufgegriffen haben, ist ein sehr ernstes Problem. Ich werde gerade

Ihren Diskussionsbeitrag auch zum Anlaß nehmen, noch einmal anzuregen, im Rahmen der Untersuchungen der Enquete-Kommission zum Strafvollzug auch den Jugendstrafvollzug besonders zu untersuchen. Insofern vielen Dank.

(Zuruf: Hoffentlich geschieht das einmal!)

– Ich würde Sie bitten, sich zu Wort zu melden. – Das geschieht schon. Aber Sie können sich gern zu Wort melden, wenn Sie wollen.

Herr Kahl hat das Wort.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Ich wollte noch eine Anmerkung zu dem machen, was Professor Schuller eingangs sagte, und zwar zu dem Thema Unberechenbarkeit der Entscheidungen der Obrigkeit. Ich will ein kleines Beispiel aus meinen persönlichen Leben hierzu beitragen.

Meine Frau war als Lehrerin beschäftigt, ich war im Gesundheitswesen tätig. An dem gleichen Tag bekamen meine Frau über den Kreisschulrat und ich über den Kreisarzt eine Mitteilung, unser Kind, das den evangelischen Kindergarten besuchte, müsse sofort aus dem evangelischen Kindergarten herausgenommen werden, da sich der Aufenthalt dort nicht mit der Tätigkeit meiner Frau im öffentlichen Dienst, sprich als Lehrerin, vereinbaren würde. Daraufhin haben wir um einen Termin bei dem SED-Kreissekretär gebeten. Als ich dem SED-Kreissekretär sagte, mein Sohn gehe auch weiterhin in den evangelischen Kindergarten, sagte er: Wir betrachten das Christentum als eine überlebte Angelegenheit; in einer Übergangsphase müssen wir uns in einer friedlichen Koexistenz damit abfinden; Sie können als CDU-Mitglied und als Christ Ihren Sohn im evangelischen Kindergarten lassen. – Meine Frau ist parteilos gewesen, und ihr hat man gesagt, sie müsse die Konsequenzen ziehen. Die Konsequenzen sahen so aus, daß man weder mich noch meine Frau in irgendeiner Form weiter behelligt hat, sondern meine Frau bekam einen Monat später sogar im Schuldienst eine Prämie für besonders gute Ergebnisse in der pädagogischen Erziehung.

Ich wollte Ihnen damit sagen, daß es durchaus möglich war, sich, wenn auch winzige, aber dennoch Freiräume zu schaffen. Man genoß dann so eine Art Narrenfreiheit. Es war vielleicht auch so eine Art Ventilfunktion, die man da mit auszufüllen hatte.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Dr. Kahl. Herr Weisskirchen.

Abg. Weisskirchen (Wiesloch) (SPD): Herr Fricke, in Anbetracht dessen, daß die Würde der Opfer vor unserer Wortmeldung hier steht, ziehe ich meine Wortmeldung zurück.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Das hatte übrigens Herr Dehnel auch schon getan. Frau Wilms.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Ich würde gern Frau Stege bitten. Sie hat eben in großer Bescheidenheit nur wenige Anmerkungen zu ihrem Lebenslauf

gemacht, und ich glaube, es wäre interessant, gerade das Schicksal von Frauen hier noch etwas zu beleuchten. Das geht ja, wie wir wissen, sowohl in der Historie als auch in der aktuellen Diskussion – siehe Balkan – etwas unter. Es wäre vielleicht gut, Herr Vorsitzender, wenn Sie Frau Stege noch einmal das Wört gäben. (Beifall)

Ich möchte mich gleichzeitig auch persönlich sehr bei Professor Schuller für seine Darstellung bedanken, die gerade auch für uns aus dem Westen sehr instruktiv war. Und wenn ich die temperamentvolle Wortmeldung der Dame da hinten höre, die sagt, laßt uns doch mehr noch von diesen Pressionen im Alltag reden, so ordnet sich das, glaube ich, gut in Ihre Gedankengänge, Herr Schuller, ein. Ich glaube, Sie haben recht, wenn Sie Ihre Bemerkungen mit der Feststellung begonnen haben, daß die DDR eben kein Rechtsstaat war, daß sie geistesgeschichtlich in eine Voraufklärungszeit zurückgefallen ist, weil der einzelne gegenüber diesem Staat eben keine Rechte hatte. Und meine Frage an Sie, Herr Schuller, wäre: Ist von dem Tatbestand, den Sie geschildert haben und der durch aktuelle Beispiele noch einmal fundiert worden ist, in der Wissenschaft der Alt-Bundesrepublik Deutschland – und wir sind ja eine Enquete-Kommission für alle Deutschen – immer genügend Kenntnis genommen worden?

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Wilms. Frau Stege, ich hatte Ihren Namen – das ist mein Alibi – noch auf meiner Rednerliste.

Eva-Maria Stege: Ich mag nicht unter Zeitdruck kommen!

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Dann würde ich Sie bitten, doch gleich das Wort zu nehmen und über das Kollektivschicksal gefangener Frauen zu sprechen.

Eva-Maria Stege: Das kommt also ein bißchen sehr kurz. Unter „Stege“ steht hier: „ohne Verurteilung Verschleppung in die Sowjetunion“. Denn nachdem ich vier Jahre in der DDR war, kam ich schon wieder in Untersuchungshaft, hatte zehn Jahre Berlinverbot. Und wie ich jetzt im Frühjahr bis Frühsommer feststellen mußte, wurde ich 34 Jahre von der Stasi observiert. Das nur zu Beginn.

Geboren bin ich in einem Dorf in der östlichen Mark Brandenburg. Meine Familie mußte 1945 flüchten. Februar/März bestand fast nur aus Vergewaltigungen und Verhören. Dazu möchte ich Ihnen den „Stern“ zeigen. Von Berliner Frauen, einer parteiübergreifenden Gruppe, wird gefordert, daß Vergewaltigungen zu Kriegsverbrechen erklärt werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich habe über Sibirien ein Buch geschrieben. Falls es Sie interessiert, können Sie es gern bei mir bestellen. Ich denke, daß vielen das Leben in einem Gulag bekannt ist, über Solschenizyn, über Scharlamow, über Jewgenija Ginsberg. Wir wurden am 20. März 1945 nach Sibirien in ein Gulag, in ein Straflager,

deportiert. Der Transport in Viehwaggons dauerte etwa vier Wochen. Sibirien habe ich eigentlich nur durch meinen Glauben überleben können.

Sie wissen wahrscheinlich, wie das Leben in einem Lager ist. Wir bekamen mehr zu rauchen als zu essen. Der tägliche Hunger, die Kälte. Wir kamen im Oktober 1949 zurück. Der Transport, der auf der Hinfahrt aus 600 Frauen bestand, war auf ein Drittel dezimiert. Also 400 Frauen sind in den fünf Jahren in Sibirien gestorben.

Meine Familie war „geflüchtet worden“, sage ich gern. Sie lebte nun in einem Dorf nördlich von Berlin. Ich habe eigentlich alles erlebt, was in dieser Zeit möglich war: Wir sind vertrieben worden, ich bin vergewaltigt worden, und ich bin deportiert worden. Über viele Jahre verfolgten mich Alpträume. Immer wieder war ich im Lager in Sibirien. Ich verzog dann 1951 nach Berlin, da ich glaubte, in der Anonymität der Großstadt das Leben mit diesen schlimmen Alpträumen leichter ertragen zu können.

Seit 1992, als ich meine Stasi-Akten sehen konnte, die sich auf 34 Jahre beziehen, vom 7. Januar 1954 bis Mai 1988, weiß ich, daß ich während dieser gesamten Zeit observiert wurde. Am 8. und 9. Juli 1954 – ich war also gerade vier Jahre in Deutschland – kam ich in Untersuchungshaft wegen Spionageverdachts. Damals war das noch sehr brutal. Man arbeitete mit Drohungen und Versprechungen. Nach zwei Tagen wurde ich entlassen.

Nach Entlassung aus der U-Haft durfte ich zehn Jahre nicht in Berlin wohnen, also Berlinverbot. In den 24 Jahren, die ich beim Außenhandel arbeitete, hatte ich nur Schikanen, Repressalien und Diskriminierungen. Mehrmals forderte man mich auf zu kündigen, da ich politisch nicht tragbar und nicht zuverlässig sei. Im April 1990 habe ich nach meinen Kaderakten gefahndet und sie dann auch beim Magistrat gefunden. In diesen Kaderakten waren noch einige Beurteilungen, die bestätigen, daß ich immer wieder politisch unzuverlässig war, da ich in Sibirien war – man setzte voraus, zur Umerziehung – und da ich noch nicht Mitglied der Partei war. Das war den Herren Direktoren unverständlich. Man habe mich also ständig beobachten und kontrollieren müssen. Mehrmals legte man mir nahe, den Betrieb zu verlassen und zu kündigen.

Das beginnt schon in den fünfziger Jahren, als mein älterer Bruder die DDR verläßt und in die BRD flüchtet; dann etwa 1963 nach dem ersten Fluchtversuch meines jüngeren Bruders. Der Tenor, das Tabu bleibt über 40 Jahre DDR gleich: Die „Freunde“ – das war die UdSSR – haben niemanden nach Sibirien gebracht, der nichts verbochen hat. – So ein älterer Genosse beim Außenhandel. Strafversetzung, Gehaltskürzung!

Ich möchte mich aber doch als Opfer bezeichnen, zumindest von 1945 bis 1968. 1968, der Einmarsch in die CSSR. Trotz vieler Ängste verweigere ich zum ersten Male meine Unterschrift unter eine Resolution, die den Einmarsch in die CSSR begrüßt. Wieder droht man mir und fordert mich erneut auf zu

kündigen. Ich bekomme Reiseverbot für Dienstreisen ins Ausland. Generell durfte ich nur nach Osteuropa fahren.

1978 dann das endgültige Aus. Ich muß meinen Betrieb verlassen. Berufsverbot, Sippenhaft. Mein Bruder hatte einen Fluchtversuch unternommen und saß in Untersuchungshaft in Brandenburg. Während der Zeit, als mein Bruder in Untersuchungshaft war, sagte mir meine Kaderleiterin schon: In dem Moment, wo meinem Bruder die Staatsbürgerschaft aberkannt werde, müsse ich auch gehen.

Mein Bruder wird dann nach einem Jahr Haft über Herrn Vogel für 75 000 DM verkauft. Wie damals bekannt war und heute sicherlich noch besser bekannt ist, bekam Herr Vogel von jeder Summe, die er herausgewirtschaftet hatte, 10 %.

Ich hatte dann 1978 – ich war ja aus politischen Gründen beim Außenhandel entlassen, und der Außenhandel war schon ein sehr wichtiger Betrieb – große Schwierigkeiten, Arbeit zu bekommen. Ich habe dann als Ankleiderin im Metropoltheater gearbeitet, da das Metropoltheater ein staatliches Theater war. Ich war dort eine bessere Putzfrau. In der Zeit beim Außenhandel, als man mir immer nahelegte zu kündigen, habe ich mich bei drei Betrieben beworben, an die ich mich noch erinnere. Ich hatte auch schon Absprachen mit den Abteilungsleitern, wo ich anfangen sollte. Das war mir schriftlich zugesichert. Später – ich nehme an, nachdem meine Kaderakten oder Personalakten in diesen Betrieben waren – bekam ich eine freundliche Ablehnung.

1978 bis 1983 arbeitete ich als Ankleiderin beim Metropoltheater. Ich komme mit dem Leben hier nicht mehr zurecht. Die Haftjahre, die über Jahrzehnte anhaltenden Repressalien in der DDR haben mich psychisch und physisch krank gemacht.

Im Januar 1981 stellte ich einen Ausreiseantrag. Wieder kommt die Stasi. Diesen Ausreiseantrag nehme ich im November 1982 zurück, da ich gesundheitlich in einer schweren Krise bin, beantrage meine Invalidisierung. Nach etwa einem halben Jahr werde ich invalidisiert.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Das zeigt doch, wie stark die Vergangenheit bis in die Gegenwart reicht. Ich muß auch Sie leider ein bißchen auf die Zeit aufmerksam machen.

Eva-Maria Stege: Ja, ich reduziere mich. Es geht aber noch ein bißchen weiter.

Ende 1981 schließe ich mich dem Friedenskreis in Berlin-Pankow an. Hier finde ich Kraft zum weiteren Leben, hier finde ich endlich ein politisches Zuhause und auch die Kraft, die Wahlen zu boykottieren bzw. in die Kabine zu gehen.

1992: Von Ostern bis zum Frühjahr 1992 sehe ich meine Stasi-Akten ein. Meine Observierung dauerte – wie ich schon sagte – über 34 Jahre.

1979 heißt es: „Die Stege nimmt für den Hauptinspirator der kriminellen Menschenhandelsbande in der DDR eine Stützpunktrolle ein.“

Informationen über mich gehen an die Abteilung XXVI über den Stellvertreter des Ministers Genossen Generalleutnant Maibern. Des weiteren heißt es: „Durch den Einsatz von Quellen der Abteilung XXVI (Postkontrolle, Telefonkontrolle, Wanzen)“

20 IMs sind in dieser Zeit eingesetzt, von denen ich bis heute bis auf zwei mir bekannte Ärzte nur die Decknamen weiß. Beide Ärzte sind mir gut bekannt. Der eine war ein Freund, der zweite ein behandelnder Arzt meiner Mutter und gleichzeitig Chefarzt. Er war es auch, der sich in meine Wohnung schmuggelte und eine Skizze von meiner Wohnung anfertigte, so daß man dann die Wanzen installieren konnte.

Ich kann das, was ich in den Stasi-Akten, die mehrere Meter ausmachen – bei 34 Jahren ist das ja klar –, lese, nicht allein verarbeiten. Seit einigen Monaten betreut mich das Behandlungszentrum für Folteropfer im Klinikum Charlottenburg.

Zu all den persönlichen Problemen belastet mich die Ungleichbehandlung in unserem Land. Seit fast drei Jahren arbeite ich im Vorstand des Bundes Stalinistisch Verfolgter, Landesverband Berlin, für die Entschädigung der Frauen, die wie ich deportiert waren. Wieder werden wir verschwiegen. In keines der Unrechtsbereinigungsgesetze sind wir aufgenommen. Für den Deutschen Bundestag existieren wir nicht. Das ist für mich eine schreiende Ungerechtigkeit, eine Unmenschlichkeit. Vergewaltigt, deportiert, 40 Jahre in der DDR verschwiegen. Und heute? Was tut diese Bundesregierung? Sie schweigt weiter.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wartet sie darauf, daß sich das Schicksal der deportierten Frauen biologisch erledigt?

Ich appelliere an Ihre Menschlichkeit und fordere Menschenrecht, Menschenwürde für die deportierten Frauen, die heute alle sehr alt und krank sind und überwiegend Invalidenrentner. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren des Bundestages und der Enquete-Kommission, sich für die Deportationsopfer unbedingt und schnellstens einzusetzen, damit wir in ein Unrechtsbereinigungsgesetz aufgenommen und entschädigt werden. Es darf nicht so sein, wie es im Kriegsberainigungsgesetz heißt, daß wir keinen Anspruch haben. Nur wenn wir in einem sozialen Notstand sind, darf man uns freundlicherweise eine Entschädigung gewähren. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Frau Stege. Ich bin sicher, daß Ihr eindringlicher Appell nicht auf taube Ohren gestoßen ist. Ich finde es gut, daß Sie das Podium dieser Diskussion dazu genutzt haben, Ihre Worte noch einmal in dieser Weise zu unterstreichen.

Es wäre nicht fair, wenn ich nicht der zweiten Frau in dieser Runde, die auch ein Anliegen vorzutragen hat, das Wort geben würde. Frau Rothe.

Ilna Rothe: Es ist natürlich erschütternd, wenn ich diese Sachen von Frau Stege und auch die von den Schülern hier höre. Ich bin schließlich Lehrerin gewesen. Das hat mich auch sehr erschüttert.

Wissen Sie, ich könnte Ihnen jetzt sehr lange ähnliche Dinge von unseren Menschen erzählen, die zum Teil nicht inhaftiert wurden. Vielleicht nur eine kleine Sache: Eines Tages kam eine Frau, Frau Voigt, eine feine alte Damen mit einem Lächeln im Gesicht. Sie erzählte mir eine fürchterliche Geschichte, ihr Schicksal. Das schlimmste war für mich, als sie mir ein Bild zeigte mit einem kleinen dreivierteljährigen Kind, mit Blumen umkränzt, im Sarg. Sie sagte: Ich konnte an der Beerdigung meines Kindes nicht teilnehmen; denn ich habe es in Heimat Erde bestatten lassen. – Sie war ausgesiedelt.

Die Ausgesiedelten durften nicht zurück. Ihre Eltern, oft krank zurückgeblieben oder durch das schlimme Schicksal der Familie krank geworden, hätten kaum ernährt werden können, wenn sich nicht Bekannte gefunden hätten. Die eigene Familie durfte ja nicht zurück. Es sind furchtbare, unmenschliche Dinge geschehen.

Ich möchte aber den Trennstrich nicht bei der Wende so hart setzen; denn ich bin hier, um für viele Tausende zu sprechen, die dieses Schicksal der Zwangsdeportation aus dem Grenzgebiet betroffen hat. Sie fühlen sich heute sehr, sehr elend. Und das möchte ich hier zum Ausdruck bringen.

Wir sind nun im dritten Jahr der deutschen Einheit. Unmittelbar nach der Wende haben wir mit unserer Bewegung begonnen. Wir haben im Februar dieses Jahres von Herrn Dr. Kinkel öffentlich zugesichert bekommen: Die Zwangsausgesiedelten sind zu rehabilitieren, ihre Vermögenswerte sind zurückzuerstatten. Ich füge hinzu: Unsere Menschen, die betroffenen Zwangsausgesiedelten, sind keine Großgrundbesitzer oder reichen Menschen. Sie haben ihr Heim oftmals aus den Trümmern nach dem Krieg selbst wiederaufgebaut und ihre Erde, die das Häuschen umgab, selbst bearbeitet. Deshalb hängen sie auch heute noch an diesem Stückchen Heimat.

Nachdem wir zwei Jahre brauchten, um der Bundesregierung klarzumachen, daß es sich um Verbrechen handelte, und zwar um stabsmäßig vorbereitete Verbrechen – es sind Geheime Verschlusssachen gewesen, denen Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen sind –, hat sich bis jetzt nichts getan. Wir haben darum gebeten – und ich bitte jetzt die Bundestagsabgeordneten, uns zu unterstützen –, wenigstens in Kürze eine Rehabilitierungsveranstaltung durchzuführen. Wir haben dreimal beim Bundeskanzler darum gebeten. Wir haben auch im Bonner Justizministerium vorgeschlagen. Es ist immer abgelehnt worden, eine Rehabilitierung in öffentlicher und würdiger Form vorzunehmen, so daß unsere Betroffenen dabeisein können, daß dort eine geschichtliche Bewertung erfolgt und daß eine öffentliche Ehrenerklärung für Menschen,

die Zeit ihres Lebens als Verbrecher, bis hin zu Sittlichkeitsverbrechern und allen möglichen Varianten, verschrien wurden, abgegeben wird. Wir bitten Sie herzlich darum. (Beifall)

Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist der, daß heute viele dieser Häuser leerstehen. Sie verfallen sichtlich. Sie sind völlig kaputt. Ich habe hier ein Foto mit. Ich reiche es einmal herum. Obwohl viele Häuser leerstehen, dürfen die Alteigentümer nicht zurück. Wir sind im 2. Gesetz erfaßt. Es kann 1993, 1994 werden, und dann beginnt der lange gesetzliche Weg. Diese Häuser sind bis dahin zerfallen. Unsere Leute stehen davor und können nicht hinein. Kommt in der Zwischenzeit ein Investor – mag sein, er will einen Gasthof darin errichten –, dann ist das Stückchen Heimat für die Betroffenen weg. Wir haben Fälle gehabt, wo der Alteigentümer mit einem Investitionsvorhaben kam und das Grundstück deshalb nicht zurückbekam, weil er Alteigentümer war.

Es gibt Menschen, die keine Entschädigung erhalten haben. Heute sollen sie 100 000 DM auf den Tisch legen, um ihr Stückchen Heimat zurückzubekommen. Wo – so fragen die Leute, und ich meine, sie fragen das zu Recht – steckt hier die Gerechtigkeit? Wissen Sie, wir nehmen das Wort „Rechtsstaat“ eigentlich gar nicht so oft in den Mund. Man hat dahinter – denn der Grund der Aussiedlung war ja in der Regel Sympathie mit der Bundesrepublik – einfach ein Stück Gerechtigkeit und, bitte, Sensibilität, einfache menschliche Sensibilität erhofft. Und wenn heute Schreiben vom Bonner Justizministerium kommen, in denen steht, bei den Zwangsaussiedlungen habe es sich nicht um unlautere Machenschaften gehandelt, oder wenn z. B. das Amt für Rehabilitierungsfragen in Neuhaus – ich habe den Brief abgeleuchtet – schreibt, es habe sich nicht um diskriminierende Maßnahmen gehandelt, dann fühlen sich unsere alten Menschen erneut verhöhnt. Sie können damit gar nicht mehr zurechtkommen, sie zerbrechen seelisch, und zwar heute. Darauf möchte ich Sie hinweisen.

Es ist zum letzten Punkt auch so, daß eine Arbeit in einem solchen Verband nicht einfach ist.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich wollte Ihnen ganz kurz erklären, daß Ihre Angelegenheit im Petitionsausschuß vorliegt. Da gibt es eine Sammelpetition, die garantiert positiv entschieden wird.

Ilona Rothe: Nun ja, es wurde schon sehr viel gesagt. Wissen Sie, ich bin an einem Punkt angelangt, wo ich erst etwas glaube, wenn es wirklich eingetreten ist. (Beifall)

Wir haben in Bonn am 29. Oktober für die Abgeordneten und für viele Politiker – wir hatten 80 Gäste geladen – ein öffentliches Anhöerverfahren vorbereitet, sehr niveauvoll, sehr gut, mit sehr viel Mühe in vielen Nachtstunden. Wir haben uns auch um einen Termin bemüht. Man hatte uns gesagt, daß sonntags kein Abgeordneter kommt. Entschuldigen Sie, es war so. Dann haben wir mit viel Mühe und Absprache einen Termin vereinbart. Ich muß Ihnen sagen,

es waren von 80 geladenen Gästen zehn da. Das waren vorrangig Vertreter von Verbänden. Es waren nur drei Bundestagsabgeordnete erschienen, vom Bundesrat und vielen anderen Institutionen niemand.

Wir haben dieses Anhöerverfahren in Erfurt wiederholt. Ein Justizbeamter sagte dazu: Na, der Verband muß sich doch nicht wundern, wenn er sogar Anhöerverfahren initiiert, daß man ihn dann links liegen läßt. –

Wir haben es sehr, sehr schwer in einem solchen politischen Verband. Ich bitte Sie ganz, ganz herzlich, diesen Menschen ihre Unterstützung nicht zu verweigern.

Nur einen Satz noch, den allerletzten: Bei unserem Anhöerverfahren jetzt in Erfurt waren glücklicherweise viele Ämtervertreter anwesend, die sich mit uns einig sehen, also Landräte und ähnliches. Leichtsinnigerweise sagten wir: Bitte schreiben Sie an das Plakat die Namen derer, die in der jüngsten Vergangenheit verstorben sind. Wir waren schockiert, weil fast alle der im Saal anwesenden 350 Leute sich nach vorn bewegten und schreiben wollten. Unsere Menschen sterben. Die biologische Lösung kann nicht das Resultat sein. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Sie sehen, Frau Rothe, auch zu Ihrem betroffenen machenden Beitrag viel Zustimmung, ein Zeichen dafür, wie stark die Schatten der Vergangenheit noch immer über der Gegenwart lagern und wie schwierig es ist, die Erblast des DDR-Sozialismus abzutragen. Das sollte man dabei nicht vergessen. – Das Wort hat Frau Angelika Barbe.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ich würde zuerst ganz gern auf das eingehen, was Sie sagten, Herr Dehnel. Wissen Sie, der Fall der Eva-Maria Stege ist im Petitionsausschuß, dem ich auch angehöre, ebenfalls positiv beschieden worden. Das hatte aber auf die gesetzlichen Regelungen absolut keine Auswirkungen. Das muß man hier noch einmal deutlich sagen. Es ist so, daß im 1. Unrechtsbereinigungsgesetz dieser Fall, der uns schon seit zwei Jahren vorliegt – ich kenne Eva-Maria Stege aus dem Friedenskreis Pankow –, nicht berücksichtigt ist. Wir bemühen uns seit Jahren darum, daß sich gesetzlich etwas bewegt. Aber weil es Geld kostet, hat das noch keine Auswirkungen gehabt. Ich will das hier nur noch einmal deutlich sagen.

Ebenso befürchte ich, wenn wir uns nicht wirklich alle zusammentun, daß auch im Falle der Zwangsausgesiedelten auf die biologische Lösung gehofft wird. Auch das will ich hier noch einmal deutlich sagen. Das geht aber nicht.

Es ist allerdings so, daß diejenigen, die hier heute sitzen, auch das meiste Mitgefühl dafür entwickeln. Ich bedauere außerordentlich, daß sehr wenige Juristen im Deutschen Bundestag hier anwesend sind, Juristen, die uns sonst immer große Hürden aufzeigen und uns erzählen, was alles nicht möglich ist. Ich hätte mir erhofft, daß heute Juristen anwesend sind und sagen: Jetzt versuchen wir einmal Instrumentarien zu entwickeln, um zu beweisen, was wir möglich machen können. Das ist das eine, zu diesem Fall.

Der Fall der Eva-Maria Stege ist aus dem 1. Gesetz herausgefallen. Wäre es nicht möglich – das ist heute meine Anregung –, daß der Fall dieser 300 noch lebenden Frauen separat gelöst wird, nicht unbedingt in einem 2. Unrechtsbereinigungsgesetz, das sich möglicherweise noch jahrelang hinziehen wird? Hier handelt es sich um eine klar umrissene Sachlage. Vielleicht könnten wir gemeinsam eine Lösung finden, eine Stiftungslösung, eine gesetzliche Lösung. Die Lösungsvariante ist egal, Hauptsache, wir finden eine und möglichst noch in diesem Jahr. Das dazu. (Beifall)

Zum zweiten: Torgau. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie das Beispiel des Jugendwerkhofs Torgau noch einmal angesprochen haben. Gestern nach dem Bericht der Psychologin stand ja eine junge Frau auf, die selbst in diesem Jugendwerkhof war. Sie war extra angereist, um dieses Thema hier noch einmal anzusprechen. Ich finde es ganz wichtig, daß Sie das auf die Tagesordnung gebracht haben. Und ich denke, auch hier müssen wir gesetzliche Lösungen finden, und zwar schnellstens, daß für die Jugendlichen, die durch diese Lager gegangen sind und jetzt wirklich alle Arbeitslosigkeit zu befürchten haben oder erdulden und erleiden, Ausnahmeregelungen geschaffen werden. In jedem Gesetz, das ich bis jetzt gesehen habe, gibt es Ausnahmeregelungen. Es ist meist nur keine Lobby für diejenigen da, die es betrifft, um das durchzusetzen. Auch das muß doch möglich sein.

Das dritte. Ich möchte noch einmal die Linien aufzeigen, wie es dazu kam, daß all dies passieren konnte und ein großer Teil der Bevölkerung, aber natürlich ein sehr viel größerer oder der größte Teil der politisch Verantwortlichen, unter Wahrnehmungsverlust gelitten hat.

Ich kann mich erinnern, wenn ich in der Schule ahnungslos und naiv bestimmte Beispiele diskutierte, wurde mir immer gesagt: Was du immer mit deinen Ausnahmen hier ankommst! – Das wurde also völlig heruntergedrückt, und es wurde gesagt: Dies existiert einfach nicht. Nach der Palmströmvariante ist das, was nicht sein kann, auch nicht wahr. Die Frage ist: Wie haben auch politisch Verantwortliche diesen Wahrnehmungsverlust gefördert und zu diesem Wahrnehmungsverlust beigetragen und ihn verharmlost? Diese Entwicklungslinie zieht sich ja bis in die heutige Zeit! (Beifall)

Zu mir kommen ehemalige politische Verantwortliche und beklagen sich bei mir, daß ihre Rente nicht hoch genug sei, da sie doch so unheimlich gut in diesem Staat hier gearbeitet hätten. Ich wünsche jedem eine gute Rente. Das ist überhaupt nicht das Problem. Nur, ich habe denen dann gesagt: Ich möchte erst einmal dafür sorgen, daß diejenigen, die politisch verfolgt waren und sich wirklich anständig verhalten haben, irgendwann zu ihrem Recht kommen. Das Problem an der Geschichte ist, daß eben juristische Hürden da sind, wo wir im Augenblick nur gegen Wände laufen und die wir nicht überwinden können.

Die Linie geht ja weiter von dem Wahrnehmungsverlust zur Verharmlosung und jetzt zur Verantwortungsübernahme. Und das möchte ich auch noch einmal

deutlich betonen: Wenn man darüber spricht, wie das Ganze stattgefunden hat, Macht, Legitimation und Verantwortung, dann stelle ich fest: Sie fühlten sich zwar damals alle als gewählte Vertreter, aber Verantwortung will hier keiner übernehmen, übernimmt auch keiner. Und das muß doch noch einmal deutlich gemacht werden: Endlich müssen die Verantwortlichen der SED als Machtpartei, die das MfS befehligte, die Repressionen in jeglicher Form veranlaßte – das wurde heute von Herrn Schuller sehr gut gesagt –, auch benannt werden. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten sie gleich 1989 zur kriminellen Vereinigung gemacht.-

(Lebhafter Beifall)

Dann hätten wir uns all diesen Ärger heute ersparen können.

Und als Schlußsatz noch einmal: Welche Strategien gab es denn eigentlich für den Normalbürger, die Angst zu überwinden? Das ist ja das, was Herr Poppe ansprach: Man konnte handeln, man konnte Angst überwinden, aber es war nicht einfach. Wenn ich an mich denke, dann ging es nur dadurch, daß ich sagte: Eigentlich habe ich hier nichts mehr zu verlieren! Die größte Angst bei uns war, daß den Kindern etwas zustößt. (Beifall)

Aber wir sagten uns: Ich kann eigentlich nur noch etwas dafür tun, daß sie es in Zukunft besser haben. – Es gab also die Strategie, Angst zu verlieren, weil man nichts mehr zu verlieren hat.

Mit welchen Strategien war das möglich? Eine Strategie war z. B. die bewußte Offenheit, indem man sich sagte, es hat sowieso keinen Sinn, konspirativ zu sein, man muß offen sein und deutlich sagen, was man will, damit sie auch wissen, worum es geht, denn davor haben sie sowieso die größte Angst.

Und als zweites Handlungsprinzip der bewußte Zusammenschluß mit anderen Gleichgesinnten, damit man nicht isoliert war und nicht allein stand. Auch wenn es wenige waren, gab mir das jedenfalls Kraft, das Wort auch deutlich zu sagen und öffentlich zu machen und nicht allein zu stehen.

Deshalb ist es auch wichtig, daß alle die, die hier aufgestanden sind, Frau Rothe, Frau Stege, der Mann aus Torgau, sagen: Jetzt, bitte, tut auch etwas für diejenigen, die sich in Verbänden zusammengeschlossen haben, die um ihr Recht kämpfen. Sie haben nicht diese große Stimme wie viele westliche Verbandsvertreter, wenn ich an die Pharmaindustrie usw. denke, die sich jetzt bei der Gesundheitsstrukturreform sehr lautstark zu Wort melden. Ich bitte Sie alle, dieses, was hier zur Sprache gekommen ist, auch wahrzunehmen und endlich danach zu handeln. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Professor Schuller, Sie sind angesprochen worden. Sie sind auch in diesem Podiumsgespräch überhaupt noch nicht zu Wort gekommen. Vielleicht darf ich Sie bitten, die Gelegenheit zu nehmen, natürlich auch mit dem Hinweis, daß wir nur noch zehn Minuten für diese Diskussion zur Verfügung haben.

Prof. Dr. Wolfgang Schuller: Also im Staccato.

Erstens. Wenn ich überhaupt hier sitze, habe ich wieder einmal dieses schlechte Gewissen als Westler, der nun kein Opfer ist, allerdings immer ein Gegner war. Dann sieht es ja so aus, als ob ich mit Ulrich Schacht identisch wäre. Es gibt wohl noch einen kleinen Unterschied zwischen uns. Also das, was sich aus Ihrer Gegnerschaft entwickelt hat, liegt bei mir nicht vor.

Zweitens ein paar Punkte, die so angesprochen worden sind.

Ich verstehe, obwohl ich Jurist war, immer noch nicht, wieso finanzielle Schwierigkeiten da sind, wo es doch das Vermögen einer Partei gibt,

(Beifall)

die sich ja extra deshalb nicht umbenannt hatte, um ihr Vermögen behalten zu können. Das war doch der Grund, den der Mann Ende 1989 benannt hat, der jetzt sagt, er wolle nur noch bis zum Januar Vorsitzender bleiben. Es ist mir also nach wie vor unverständlich, wieso dieses auf illegitime Weise angehäuften Vermögen nicht dafür genommen werden kann.

Zum Schweigen: Ich hatte ja gesagt, daß in der letzten Zeit der DDR dieses Schweigen oder das Schweigenmüssen durch die Strategien durchbrochen worden ist, die ja hier auch zum Teil genannt worden sind. Aber die Isolierung der einzelnen und der Zwang, schweigen zu müssen, den man dann durchbrechen konnte, war natürlich ein Strukturelement dieses Staates.

Zu den Aussiedlungsdingen: Es ist ja nicht „nur“ – in sehr vielen Anführungsstrichen – das geschehen, was hier gesagt worden ist, sondern aus meiner Tätigkeit kann ich hinzufügen: Wenn Ausgesiedelte, die nachts mit Gewalt auf Lastwagen geschmissen wurden, in ihrer Verzweiflung sagten, wir bleiben aber hier, wir wollen nicht, was sind das für Methoden, dann war das Boykotttrotz nach Artikel 6 der Verfassung und führte zu Zuchthausstrafen. Das kam dann also auch noch hinzu.

Vorletztens – also Sie merken, ich mache das ganz schnell –: Das Thema, das die Dame dort und Frau Eva-Maria Stege, die ja ein lebendes Beispiel dafür ist, anschnitten, finde ich wirklich ganz wichtig, daß nämlich gewissermaßen unterhalb der Ebene des In-die-politische-Strafjustiz-Kommens dieses Netzwerk, diese ständigen Fallen, dieses Von-der-Kaderakte-Verfolgtsein, dieses prinzipiell beruflich und überhaupt in der gesamten Lebensentfaltung Behindertsein durch diese Krake weitaus mehr thematisiert und erforscht werden muß, als es jetzt geschieht.

Letztens die Frage von Frau Wilms, wie es denn mit der Wahrnehmung dieser Dinge durch die Wissenschaft bestellt sei: Da muß ich sagen, daß es, grosso modo gesehen, mit ganz wenigen Ausnahmen – eine partielle Ausnahme ist Herr Schroeder, der hier sitzt, und von der Profession, von der Zeitgeschichte her ist der von mir genannte Hermann Weber hier – bei den Zeitgeschichtlern und auch bei den Juristen nicht interessiert hat. Das macht jetzt auch Schwie-

rigkeiten bei der strafrechtlichen Bewältigung. Jetzt kommen Strafrjuristen – ich kenne ja viele Kollegen –, die sich nie dafür interessiert haben, plötzlich mit diesen Fragen in Berührung. Da kommen natürlich Fehltritte zutage, da kommen abenteuerliche Vorstellungen, die da lauten: Wieso, hier gibt es doch Protokolle, da ist doch in der Untersuchung ausgesagt worden! oder: Spionage ist doch in jedem Staat strafbar, und Sie sind wegen Spionage verurteilt worden! – Also die mangelnde Wahrnehmung ist eine ganz große Schande dieser altwestlichen Wissenschaft und Justiz. (Beifall)

Ich bin ja auch eine Ausnahme. Ich habe in der Zeit davor, natürlich ohne Erfolg, oft in Artikeln, Besprechungen, Rezensionen der politischen Wissenschaft, der Zeitgeschichte und der Jurisprudenz Herrn Fricke als Beispiel genannt: Da tut ein einzelner Mann, Herr Fricke, der Journalist von Beruf ist, das, was ihr eigentlich von Profession wegen tun müßtet!

(Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. Das war nicht mit mir abgesprochen.

Ich möchte noch zwei Wortmeldungen aus dem Publikum berücksichtigen, einmal Herrn Voigt und dann Frau Berg.

Herr Voigt: Es fällt mir schwer, nach den Berichten zu sprechen, weil ich nicht so hart betroffen bin. Aber es bewegt mich ganz einfach, auf etwas aufmerksam zu machen: die Scham. Hier wurde darüber gesprochen, wie die Würde des Menschen angekratzt wurde. Ich sehe das so: Meine Würde ist angekratzt worden. Ich schäme mich heute vieler Sachen, die ich geduldet habe. Ich will an einem Beispiel sagen, wie das in der Familie greift.

Unser Sohn hat nicht die Jugendweihe erhalten. Wir hatten das mit Hilfe der Kirche, unseres Pfarrers und des Superintendenten durchgesetzt. Wir sind ganz froh darüber. Ich muß dem hier Gesagten widersprechen. Bei uns war es anders. Es gibt keine absolute Wahrheit.

Unser Sohn kam dann zum Studium an die Mathematische Fakultät der Humboldt-Universität. Da ging der Kampf wieder los. Diesmal ging der Kampf um die Bewerbung als Reserveoffiziersanwärter. Das ganze Seminar mußte unterschreiben, daß alle Studenten Reserveoffiziersanwärter werden wollten. Ich muß sagen, daß ich auf unseren Sohn stolz war. Als einziger im Seminar hat er diese Unterschrift verweigert. Aber dann haben wir uns in der Familie überlegt: Nun haben wir es geschafft, daß er studieren konnte; jetzt steht er kurz davor, und nun geht der Kampf wieder los. Da habe ich auf meinen Sohn eingeredet, doch Reserveoffiziersanwärter zu werden. Dafür schäme ich mich heute furchtbar. Aber unser Sohn hat widerstanden. Er hat – und darauf bin ich heute stolz – nicht unterschrieben. Er hat dadurch auf der Universität noch viele Nachteile erlitten. Er ist als letzter seines Seminars

vermittelt worden, obwohl er der Beste in diesem Seminar war, wie er es immer war.

Und eine andere Sache: Es gab diese Hungersnot in Küstrin. Das Irische Rote Kreuz spendete Lebensmittel. Da gibt es ein Foto, wie die hungernden Kinder unter einem Plakat sitzen, auf dem „Spende des Irischen Roten Kreuzes“ steht. Dieses Bild habe ich lange vor der Wende dem Redakteur einer Zeitung gegeben. Dort hat man das wegretuschiert und folgendes daraus gemacht: „Speisung verhungerrnder Kinder in Küstrin aus Spenden der sowjetischen Armee“. Das habe ich gelesen. Ich habe mich geschämt. Ich habe überlegt, was ich machen solle. Es gab doch keinen Grund, so etwas zu retuschieren und zu ändern. Aber ich habe nicht den Mut gehabt, dagegen anzugehen, auch immer wieder aus Angst wegen meiner Kinder.

Es ist eben nicht so leicht, wie das hier Herr Poppe gesagt hat. Die Sippenhaft drohte ja immer in diesem kommunistischen System.

Jetzt kommt das ganz Schlimme: Nach der Wende habe ich bei der Zeitung verlangt, daß das nun in Ordnung gebracht wird und daß sie sich entschuldigen. Da hatte ich dann den Mut dazu. Es hat ein halbes Jahr gedauert, bis dieser Redakteur das zurückgenommen hat. Er war noch lange im Amt. Das ist auch eine Schande.

Aber noch einmal: Ich schäme mich vieler Dinge, wenn ich höre, wieviel Widerstand hier geleistet worden ist. Aber es ist nun einmal so: Die Angst – davon habe ich gesprochen – war einfach da. Das muß man sehen. Es sind nicht alle Helden.

(Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank. Wieder ein Beitrag, der sehr nachdenklich stimmt. Trotzdem muß ich in der Rednerliste weitergehen. Frau Berg.

Inge Berg: Mein Name ist Inge Berg. Ich spreche für die Interessengemeinschaft der ehemaligen Grundstücksbesitzer auf dem Mauerstreifen e.V.

Ich möchte hier ganz kurz über den schwärzesten Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte sprechen, und zwar ist das der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus. Gleichzeitig war das der eklatanteste Machtmißbrauch des SED-Regimes zur Sicherung seines Unrechtsstaates.

Bei der ganzen Größe dieses ungeheuren Geschehens wird immer wieder vergessen, daß am Tage des Mauerbaus die Besitzer des dortigen Grund und Bodens die ersten Opfer des Berliner Mauerbaus waren. Mit uns wurde genauso verfahren wie bei Frau Rothe mit den Mitteldeutschen. Wir mußten innerhalb von Stunden unsere Grundstücke verlassen. Es gab Szenen, die an Horrorfilme erinnern. Gerade hier in Berlin und auch in den Randgebieten sind ja die Straßen eng. Es war nicht einmal möglich, Fuhrwerke zu bekommen. Die Leute haben versucht, auf Leiterwägelchen ihre Habe herauszuholen. Sie

mußten zusehen, wie einen Tag später ihre Häuser plattgewalzt wurden und der Rest ihrer Habe verbrannt wurde. Überlegen Sie sich einmal: Ein paar Meter weiter blühten die Rosen, und die Kinder spielten, und sie sahen zu, wie ihre Grundstücke plattgewalzt wurden!

Aus Zeitgründen möchte ich das jetzt nicht weiter ausführen. Es ist nur eines: Auch beim Fall der Mauer ist eigentlich niemals daran gedacht worden, daß wir auch noch da waren. Im Gegenteil, dadurch, daß wegen der Angst, die hier erwähnt wurde, keiner wagte, über den Mauerbau zu sprechen, über den „Friedenswall“, waren wir ja voll aus der Öffentlichkeit verschwunden. Unsere Leute sind damals dreckig angekommen. Sie hatten sich Kohlenwagen organisiert. Ich habe Bilder gesehen, die mir heute noch die Tränen in die Augen treiben. Sie sind in Häuser gekommen, wo ihnen gesagt wurde: Bringt uns kein Ungeziefer rein! – Sie hatten vorher aber wunderhübsche selbstaufgebaute Siedlungshäuser. Und so dreckig und speckig kamen sie da an! Das ist doch auch gar nicht mit Worten zu schildern.

Wie sieht es aber heute aus? Wenn wir wegen dieser damaligen Dinge an Politiker schreiben, z. B. an Herrn Schäuble, bekommen wir Briefe, in denen es heißt: Der Mauerbau war eine ordnungspolitische Maßnahme! – Mauerschützen werden verurteilt, aber den Mauerschießstand behält Bonn. Das ist eine ordnungspolitische Maßnahme.

Können Sie sich vorstellen, wie uns zumute war? Ich habe ein Grundstück in der Bernauer Straße, das 200 Jahre in der Familie war. Können Sie sich vorstellen, was es für uns bedeutete, wenn wir erfahren haben, wie auf unserem Grundstück oder auf den Nachbargrundstücken die Leute verblutet sind?

Ich habe mir die Grundbücher geholt. Meine Vorfahren waren erst so verschuldet, und nach und nach haben sie abgezahlt. Wir sind ja, wie Frau Rothe sagte, auch keine reichen Leute. Wir haben 30 Jahre unseren Grund und Boden nicht benutzen können. Unsere Häuser sind abgerissen. Wir wagen ja nicht einmal zu sagen, daß wir unsere Häuser wiederbekommen oder eine Entschädigung dafür haben wollen. Wir wollen nur unser nacktes Stückchen Grund und Boden wiederhaben. Aber das wird uns von der Bundesregierung auch verweigert. Von Frau Leutheusser-Schnarrenberger bekommen wir einen Brief, in dem es heißt: „Enteignungen zum Zwecke des Berliner Mauerbaus sind auch nach der Vereinigung rechtlich weiterhin wirksam.“

Das zieht uns doch die Schuhe aus! Es gab sogar in der DDR ein Gesetz, das im Mai 1982 verabschiedet wurde. In ihm steht, daß nach Abbau der Verteidigungslinien alle ehemaligen Eigentümer ihre Grundstücke wieder zurückbekommen sollen. Das Enteignungsgesetz ist in Bonn festgeschrieben worden, aber über das Gesetz, daß wir das wieder zurückbekommen, wird nicht gesprochen. Das läßt man unter den Tisch fallen.

Damit sind wir auf keinen Fall einverstanden. Und wir möchten bitten, daß man uns auch in diesen Fällen hilft.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

Inge Berg: Es wird jetzt so viel über den Aufschwung des Mittelstandes gesprochen. Was sind wir denn? Wir sind doch im Grunde genommen der Mittelstand. Ich könnte sofort an zehn Fingern die Leute aufzählen, die sich sofort in den Randgebieten wieder ihre Häuser aufbauen würden. Dann würden wir statt Rechtsanwälte und Gerichte Architekten und Bauleute beschäftigen. (Beifall)

Innerhalb von einem bis anderthalb Jahren würden soundsoviel Wohnungen frei werden, weil wir wieder in unsere kleinen Häuser ziehen würden. Wenn z. B. in der Bernauer Straße größere Häuser gebaut würden, könnte man die viel billiger bauen, weil wir dann den Grund und Boden nicht kaufen müßten. Wir könnten die Mieten viel preiswerter halten. Und wir würden sofort anfangen.

Aber man muß uns lassen, und man darf nicht dieses Hickhack vor den Gerichten mit uns machen. Wir können ja nicht einmal zu den Gerichten gehen. Da wir nicht in das Vermögensgesetz, in die Lex specialis aufgenommen worden sind, haben wir nicht einmal das Recht, den Artikel 19 des Einigungsvertrages für uns in Anspruch zu nehmen, der beinhaltet, gegen Verwaltungsunrecht und Machtmißbrauch der DDR anzugehen. Das können wir nicht, weil wir ja gar nichts sind! Kein Gericht kann für uns etwas tun, weil wir nicht in die Lex specialis im Vermögensgesetz aufgenommen worden sind. Das ist ein entsetzlicher Teufelskreis, der endlich durchbrochen werden muß.

Eines muß ich dazu allerdings noch sagen: Wir bekommen immer mehr Politiker auf unsere Seite. Ich denke daran, daß das Abgeordnetenhaus einen Stopp des Verkaufs der Berliner Mauergrundstücke beschlossen hat. Frau Professor Limbach und Herr Radunski sind auch auf unserer Seite. Darum möchte ich diesen Politikern, die mit uns kämpfen, und auch allen Reportern meinen Dank aussprechen. Man zieht so oft über die Reporter her, aber ich kann nur sagen: Wir haben von den Reportern soviel Verständnis gefunden. Sie haben versucht, mit uns im Nassen, im Kalten auf den Grundstücken Aufnahmen zu machen. Sie haben sich mit uns durch Berge von Hintergrundmaterial durchgelesen. Darum möchte ich auch den Reportern noch einmal meinen Dank aussprechen, die immer versucht haben, eine sachliche Darstellung unserer Fälle zu geben. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Frau Berg, Ihre Intervention, leidenschaftlich vorgebracht, ist auch zu Protokoll genommen und wird in diesem Sinne dann auch ausgewertet.

Es ist mir jetzt eine Ehre, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Professor Süßmuth, zu begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Präsidentin, ich bitte um Verständnis, wenn ich noch zwei Wortmeldungen berücksichtige und dann die Diskussion schließe. Ich verbinde die Worterteilung mit der Bitte, sich kurz zu fassen. Zunächst spricht Hermann Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe nur zwei Fragen.

Die erste richtet sich an Herrn Schälike: Es war für mich sehr interessant zu hören, daß vor Ihrem Ausschluß offenbar eine ganze Gruppe diskutiert und sich orientiert hat. Wie war es Ihnen gelungen, die Parteidisziplin, die ja diese Partei einigte, hier zu überspringen? Oder hat das schon gar keine Rolle mehr gespielt?

Die zweite Frage geht an Herrn Schuller. Sie haben zum Schluß zu Recht darauf hingewiesen, daß der Alltag unter Umständen etwas ist, was nicht nur dem entspricht, was wir hier sehen. Die Repression ist natürlich ein wichtiger Teil, aber daneben – das wissen wir alle – gibt es Arbeit, Familie, Kinder, Liebe, Leid usw. Nur wäre es interessant zu überlegen – ich weiß nicht, ob Sie sich das zutrauen –, wie man das verbinden kann. Beim Alltag kann man ja auch sagen, daß es selbstverständlich auch den alltäglichen Stalinismus gab. Das ist also etwas, was nicht einfach zu trennen ist. Ich habe das Gefühl, daß bei solchen nostalgischen Erinnerungen manchmal übersehen wird, wie das verzahnt ist. Wie kann man das beschreiben, oder wo gibt es Ansätze? Mir ist klar, daß es schon von der Zeit her gar nicht möglich sein wird, das jetzt zu erläutern. Aber ich wollte das als Diskussionspunkt hier noch anführen.

Rolf Schälike: Ganz kurz: Wir haben immer im Parteauftrag gearbeitet. Nach dem ersten Parteiverfahren 1963, nachdem ein Vortrag im Parteauftrag innerhalb der Parteigruppe gehalten wurde, bei dem nicht diskutiert wurde, sondern der sofort in Parteiverfahren mit Verweisen und Rügen endete, haben wir alle anderen Parteaufträge abgelehnt, immer mit der Begründung, daß es sonst wieder zu Verfahren komme. Das Ergebnis war, daß diese Gruppe in die Parteileitung gewählt wurde. Und damit hatten wir in Rossendorf sozusagen als Parteileitung den Einfluß, bis es dann zum Parteausschluß kam. Aber wir haben uns rein formell immer im Rahmen dieser herrschenden Technik bewegt. Die Beschlüsse über den Ausschluß kamen dann vom Politbüro und von der Bezirksleitung.

Prof. Dr. Wolfgang Schuller: Herr Weber, wie man das machen kann, weiß ich natürlich auch nicht. Riesenforschungsprojekte mit unglaublichen theoretischen Ansätzen. Es gibt Dieter Voigt in Bochum, einen Sozialwissenschaftler, der aus der ehemaligen DDR kommt. Er macht so etwas ähnliches mit der Arbeitswelt. Aber für den jetzigen, augenblicklichen Gebrauch gibt es ein Verfahren, das die ganze Geschichtswissenschaft hindurch betrieben wird: die Schöne Literatur. Da kommt ja viel vor. Und da nenne ich nur einen Namen: Erich Loest. Also, provisorisch dieses.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Ulrich Schacht als letzter auf dem Podium.

Ulrich Schacht: Wir haben eben eine ganze Reihe von praktischen Beispielen gehört, die sich nicht nur mit den Alltagsfolgen der Repression in der untergegangenen Diktatur beschäftigen, sondern – was ich viel bedrängender finde, und dazu noch ein Wort – mit der partiellen Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie der 80er und 90er Jahre, sich daran zu erinnern – wir sind ja auf einem Erinnerungsforum –, daß man seit 1969 mit eben dieser Diktatur sozusagen in immer größerer Nähe zu leben versucht hat und daß dabei eine ganze Reihe von Wissensbeständen aus dem Hinterkopf ins Nichts gesackt sind.

Die sogenannten juristischen Schwierigkeiten, mit denen wir uns hier und einige Verbände sich beschäftigen, sind ja gar keine juristischen Schwierigkeiten. Das ist Nebel, der geworfen wird, entweder aus Dummheit oder aus Berechnung. (Beifall)

Die wirklichen Schwierigkeiten sind die politischen Vorentscheidungen und die politischen Bedingungen, die sich seit 1969 in der damaligen Alt-Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben. Sie haben sich aus dem ergeben, was „neue Ostpolitik“ genannt wurde, und aus der sukzessiven Legitimierung eines von Anfang bis Ende illegitimen Staates, einer Diktatur. Das ist das Entscheidende, was hier immer wieder verschwindet und was immer wieder gesagt werden muß.

So haben wir es heute mit dem Fluch der bösen Tat zu tun, die sich als gute verstanden oder getarnt hat. Das ist unser Ergebnis, und das ist das Gesamtergebnis, mit dem wir es alle miteinander zu tun haben.

Deswegen kommt auch keine Bundesregierung, nicht einmal die, die für 1969 sozusagen gar nicht verantwortlich ist, also die jetzt amtierende, die, durch Koalitionäre mehr oder weniger gezwungen, sozusagen diese böse Tradition der Anerkennung eines illegitimen Regimes übernommen hat, darum herum, sich dazu durchzuringen, die Konsequenzen ihrer eigenen politischen Analyse ernst zu nehmen, nämlich ein kriminelles Regime und seine Vertreter als kriminelle Organisation zu bezeichnen und einzuschätzen mit allen Konsequenzen in dieser Gesellschaft.

Wenn dies nicht passiert, werden wir noch lange solche Kommissionen und solche Sitzungen veranstalten können, und dann wird die biologische Lösung bei den „Randgruppen“ erfolgreich sein, wie wir ja überhaupt auch bei der Entschädigung der politischen Häftlinge – ich darf das hier als ehemaliger politischer Häftling sagen – erbärmliche Schauspiele erlebt haben,

(Beifall)

wie wir erlebt haben, daß um 300, 400 DM mehr gefeilscht wird. Das ist ungefähr das Widerlichste, was ich in meiner Erfahrungszeit in der

Bundesrepublik Deutschland erlebt habe. Ich mag dieses Geld gar nicht in Anspruch nehmen, weil das so erbärmlich ist, weil hier selektiert und zweitklassig verhandelt wird. Hier werden die Häftlinge in die vor 1945 und die nach 1945 selektiert. Und keiner der Verantwortlichen, die das Wort haben – ich kenne eine ganze Reihe von Politikern aus allen Parteien, die sich sehr wohl Gedanken darüber machen –, bringt die Sensibilität auf, irgendwo zu begreifen, daß es in Brandenburg – und der Dachdecker steht gerade vor Gericht, er könnte ja mitreden – auch nach 1945 auf der einen Seite verlorene Jahre waren, die man dort unter unwürdigsten Bedingungen verbringen mußte. Und da werden wir gezwungen, Marktfeilschen mitzumachen. Ich finde das erbärmlich. Und wenn dieses Parlament und wenn diese Kommission das nicht schaffen, dann werden sie eines Tages mit Bürgerrechtsbewegungen mit anderen Motivationen konfrontiert werden, und die Zeit ist interessant dafür. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Ulrich Schacht. Die Zustimmung signalisiert die Zustimmung der Mehrheit in diesem Forum.

Natürlich kann die Enquete-Kommission nicht alles erledigen, was heute an Problemen auf den Tisch gepackt ist. Ich sehe den Beitrag der Enquete-Kommission vor allen Dingen darin, daß sie hilft, die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland verstehen zu machen; denn ohne das Verständnis für die Vergangenheit, für die Ursachen, die bis heute fortwirken, sind auch die Probleme, die uns gegenwärtig bedrücken, nicht lösbar.

In diesem Sinne glaube ich schon, daß diese öffentliche Anhörung in diesem Reichstag mit seiner Geschichte einen politischen Sinn gemacht hat. Was zur Sprache gekommen ist – ich wiederhole es noch einmal –, ist alles sorgfältig protokolliert, so daß es nicht für den Tag verloren ist, sondern daß darauf zurückgegriffen werden kann. Und daß dies geschieht, darin wird auch eine Aufgabe der Abgeordneten liegen, die in dieser Enquete-Kommission sitzen. Ich darf das sagen, auch wenn ich hier nur als Sachverständiger vertreten bin.

Vielen Dank.

Soweit ich unterrichtet bin, ist das Programm insofern geändert, daß jetzt eine öffentliche Pressekonferenz der Obleute und vor allen Dingen der Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages angesagt ist. Sie alle sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Das heißt zu deutsch: Herzlichen Dank an Sie. Ich bitte Sie, die Plätze für uns zu räumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Tage lang haben wir eine Reise unternommen, eine Reise in die Vergangenheit. Ich glaube, jeder, der in diesem Raum war, hat gespürt, daß diese Vergangenheit, selbst wenn sie schon 30 oder 40 Jahre vergangen ist, ganz lebendig wurde.

Wir haben, glaube ich, auch feststellen können, daß es wehtun kann, Erinnerungen zuzuhören, und daß vor allen Dingen Erinnern wehtun kann. Immer dann, wenn soziale und politische Bezüge zu heute hergestellt worden sind, ist aber auch deutlich geworden, daß offensichtlich auch Teilen wehtut.

Wenn die zwei Tage gestern und heute mit dazu beitragen könnten, daß wir es schaffen, noch mehr Verständnis, mehr Sensibilität aufzubringen, uns in die Schuhe derer, die damals gelitten haben, zu stellen und dann noch überzeugender als bisher zu teilen, dann wäre – so glaube ich – viel erreicht.

Mancher wird vielleicht sagen: Ihr habt euch hier auf den Weg gemacht, um den Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik zu hinterfragen, vorzustellen. – Ich glaube, daß uns das gelungen ist, wenn auch sicherlich nicht in 16 Millionen Facetten. Aber ich möchte jedem, der hier gewesen ist, noch einmal deutlich sagen: Es waren Tausende, viele Tausende, von denen in diesen zwei Tagen geredet worden ist. Und ich glaube, auch darin sind wir uns einig: Ein einziger noch wäre zuviel!

Lassen Sie mich für die Enquete-Kommission noch einmal sagen: Es wird diesen Brief geben, einen Brief an die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit der dringenden Forderung um Beschleunigung und Nacharbeit. Ich gehe davon aus, daß die Enquete-Kommission unter den politischen Persönlichkeiten unseres Landes um Unterstützung werben und bitten wird. So verstehe ich auch das Hiersein der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Ein sehr persönlicher Satz zum Schluß. Für mich ist in den letzten beiden Tagen durch die Formulierung vieles auf den Punkt gebracht worden: Die DDR war der permanente Anschlag auf die Würde des Menschen.

Ich bitte Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin, zu uns zu sprechen.

Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Eppelmann! Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier am Ende der Veranstaltung kurz das Wort ergreife, dann möchte ich die Motive kurz benennen.

Das erste, was mir wichtig ist, ist, denen zu danken, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, und vor allem denjenigen, die hier gesprochen haben. Denn ich glaube – ich sage das aus der Situation meiner Person, die Vergleichbares nicht erfahren hat –, es ist wahnsinnig schwierig, das, was man erfahren hat, dann auch noch öffentlich erinnernd in Sprache umzusetzen, das, was zum Allerpersönlichsten und doch zugleich zu dem gehört, was man durch Staat, die Mitmenschen mit ihren unterschiedlichen Funktionen und auch ganz persönlich erfahren hat. Wir wissen auch aus Dokumenten nach 1945, was das dem einzelnen abverlangt.

Und dennoch: Nach dem, was ich heute morgen gelesen habe, was mir Herr Eppelmann vom gestrigen Tage berichtet hat, ist neben der großen